

# Bundesgesetz über die Rehabilitierung administrativ versorgter Menschen

vom ...

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*  
gestützt auf die Artikel 122 Absatz 1 und 173 Absatz 2 der Bundesverfassung<sup>1</sup>,  
nach Einsicht in den Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates  
vom [...]<sup>2</sup>  
und in die Stellungnahme des Bundesrates vom [...]<sup>3</sup>,

*beschliesst:*

## **Art. 1** Zweck

Dieses Gesetz bezweckt, denjenigen Menschen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die administrativ versorgt worden sind.

## **Art. 2** Geltungsbereich

Dieses Gesetz gilt für Menschen, die gestützt auf die in der Schweiz vor dem 1. Januar 1981 geltenden Bestimmungen des kantonalen öffentlichen Rechts oder des Zivilgesetzbuches durch eine kantonale oder kommunale Behörde administrativ versorgt und in eine Anstalt eingewiesen worden sind.

## **Art. 3** Anerkennung des Unrechts

<sup>1</sup> Zahlreiche vor dem 1. Januar 1981 erfolgte administrative Versorgungen sind aus heutiger Sicht:

- a. zu Unrecht erfolgt oder
- b. in einer Weise vollzogen worden, die als Unrecht zu betrachten ist.

<sup>2</sup> Unrecht geschehen ist denjenigen Menschen, deren administrative Versorgung den seit dem 1. Januar 1981 geltenden grundlegenden Anforderungen nicht entsprochen hat, namentlich Menschen, die ohne Strafurteil in eine Strafanstalt eingewiesen worden sind.

SR ...

<sup>1</sup> SR 101

<sup>2</sup> BB1 [...]

<sup>3</sup> BB1 [...]

**Art. 4** Ausschluss finanzieller Ansprüche

Aus der Anerkennung des Unrechts nach diesem Gesetz entsteht kein Anspruch auf Schadenersatz, Genugtuung oder sonstige finanzielle Leistungen.

**Art. 5** Historische Aufarbeitung

<sup>1</sup> Der Bundesrat sorgt für die historische Aufarbeitung der administrativen Versorgungen. Er beauftragt damit eine unabhängige Kommission, die aus Expertinnen und Experten verschiedener Fachrichtungen besteht.

*Minderheit (Flach, Caroni, Chevalley, Estermann, Freysinger, Huber, Lüscher, Reimann Lukas, Schwander, Stamm)*

<sup>1</sup> ... Er beauftragt den Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung mit der Durchführung eines nationalen Forschungsprogramms.

<sup>2</sup> Die Untersuchungsergebnisse werden veröffentlicht. Personendaten werden für die Veröffentlichung anonymisiert.

**Art. 6** Archivierung

<sup>1</sup> Die kantonalen und kommunalen Behörden sorgen für die Aufbewahrung der vorhandenen Akten zur administrativen Versorgung.

<sup>2</sup> Sie dürfen die Akten nicht für Entscheide zu Lasten der Betroffenen heranziehen.

<sup>3</sup> Die Schutzfrist für die Akten beträgt hundert Jahre.

**Art. 7** Akteneinsichtsrechte

<sup>1</sup> Die Menschen, die administrativ versorgt worden sind, und, nach ihrem Tod, ihre Angehörigen, haben ein Recht auf einen einfachen und kostenlosen Zugang zu den sie betreffenden Akten.

<sup>2</sup> Die mit der historischen Aufarbeitung beauftragten Personen haben ein Akteneinsichtsrecht, soweit dies für die Erfüllung ihres Auftrags nötig ist.

**Art. 8** Referendum und Inkrafttreten

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

*Minderheit (Stamm, Estermann, Freysinger, Reimann Lukas, Schwander)*

*Nichteintreten*